



Verein für Gesellschafts- & Wirtschaftswissenschaften



Positionspapier zur Reform der internationalen Finanzarchitektur

Debattenbeitrag des BSA-VGW

Die wichtigsten Forderungen

Verantwortung, Transparenz, Kontrolle: Herausforderungen an eine neue Finanzarchitektur

Die gegenwärtige Krise zeigt eindeutig: Der freie und schwach regulierte Finanzmarkt hat versagt. Eine Abkehr vom herrschenden Marktfundamentalismus ist dringend notwendig. Banken und Finanzmärkte müssen sich wieder ihrer wichtigsten Aufgabe besinnen: ihrem aktiven Beitrag für die stabile Entwicklung der Realwirtschaft. Im Folgenden sind die Kernforderungen des Vereins für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften des BSA an eine neue globale Finanzarchitektur zusammengefasst. Sie verstehen sich als Debattenbeitrag und spiegeln lediglich die Positionen des Vereins wider.

I. MEHR STAAT, WENIGER PRIVAT: STRUKTURELLE FORDERUNGEN

- **New Global Consensus – Faire Chancen für alle**
Der Mensch und seine materiellen und geistigen Innovationskräfte sind Quelle der Wertschöpfung. Auch die Finanzwirtschaft hat dieser realen Wertschöpfung zu dienen – und darf nicht abgekoppelt von ihr agieren. Wir fordern daher einen „New Global Consensus“: für eine nachhaltige, soziale und umweltbewusste Wirtschaftspolitik – anstatt des (zu) lange herrschenden „Washington Consensus“.
- **Aktive Rolle des Staates – Marktfundamentalismus beenden**
Der Staat muss eine aktive Rolle bei der Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte einnehmen, das System der Selbstregulierung hat versagt. Die staatsnahen Notenbanken haben nicht nur für Preisstabilität, sondern auch für Finanzmarktstabilität zu sorgen.
Um den Deregulierungswettbewerb der Vergangenheit zu unterbrechen, sind die multilateralen internationalen Organisationen zu stärken und der Druck auf alle Staaten zu erhöhen, bestimmte Regulierungsstandards verbindlich zu übernehmen.
- **Sozialpolitik: Verantwortung der Gemeinschaft, nicht der Finanzmärkte**
Sozialpolitik, Ausbildung und Altersvorsorge liegen in der Verantwortung der Gemeinschaft und können nicht den Finanzmärkten übertragen werden. Wir sprechen uns daher gegen die öffentliche Förderung von privaten Zusatzpensionen und für die Sicherung des staatlichen Pensionssystems aus. Gleiches gilt für Gesundheitswesen und Pflegeversicherung. Der Steuerwettbewerb nach unten und die Steuerentlastung von Großkapital sind zu beenden.

II. EUROPÄISCHE & INTERNATIONALE ANTWORTEN SIND GEFRAGT

- **Europäische Finanzmarktaufsicht rasch errichten**

Transnational agierende Banken benötigen eine transnationale Aufsicht. Das bereits angedachte Europäische System der Finanzmarktaufsicht (ESFA) soll als eigenständige Behörde und EU-Institution gegründet werden, ausgestattet mit Durchgriffsrecht auf nationale Behörden, verantwortlich gegenüber dem Europäischen Parlament und vom Rechnungshof kontrolliert. Sein Aufbau sollte föderal sein – ähnlich dem Europäischen System der Zentralbanken. Zu den Aufgaben des ESFA gehören:

 - Sicherung der EU-Finanzmarktstabilität (in Zusammenarbeit mit dem ESZB)
 - Aufsicht über die größten, grenzüberschreitend tätigen Banken und Versicherungen
 - Rechtsdurchsetzung, Sanktionsmöglichkeiten und Vereinbarung der finanziellen Lastentragung für den Fall, dass eine Finanzinstitution in Schwierigkeiten gerät
- **EU-Einlagensicherung, EU-Rettungsfonds, EU-Konkursrecht**

Die Europäische Finanzmarktaufsicht kann nur funktionieren, wenn gleichzeitig eine europäische Einlagensicherung, ein europäisches Konkursrecht und ein europäischer Rettungsfonds für Finanzinstitute errichtet werden. Zudem werden die finanziellen Mittel aus der Einhebung einer Finanzmarkttransaktionssteuer als Rücklage für eine weitere Krise verwendet; somit sind die Urheber der Krise an potenziellen Folgekosten beteiligt.
- **Weltfinanzbehörde mit Biss schaffen**

Der Aufbau globaler Ungleichgewichte und der starke Deregulierungswettbewerb waren entscheidend für das Entstehen der Krise. Eine Weltfinanzbehörde soll dieses „Laissez-faire“ künftig beenden. Alle Staaten der internationalen Gemeinschaft – auch die USA und China – müssten sich einem solchen System politisch verpflichten. Die Weltfinanzbehörde sollte nach einem multipolaren, demokratisch legitimierten und transparenten Entscheidungssystem funktionieren. Die zwei möglichen Sitze dieser Behörde sind in Washington beim IWF oder Basel bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.
- **Steuerliche Maßnahmen**

Wir sprechen uns für die Einführung einer Vermögenszuwachsbesteuerung aus – denn sie ist ein weiterer Anreiz, eher in die Realwirtschaft als in virtuelle Spekulationsgeschäfte zu investieren. Desweiteren ist eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer dringend notwendig, um spekulative Aktivitäten einzuschränken und gleichzeitig Mittel für einen europäischen Rettungsfonds und eine europäische Aufsicht aufzubringen. Der steuerliche Zinsabzug ist einzuschränken, um den Anreiz zur Fremdkapitalfinanzierung zu mindern. Stattdessen wäre eine generelle steuerliche Investitionsförderung wünschenswert – unabhängig davon, ob die Finanzierung durch Eigen- oder Fremdkapital erfolgt.
- **Anpassung von Basel II – Bekämpfung der Prozyklizität**

Es ist dringend notwendig, die Bestimmungen von Basel II zu diskutieren, sie mittelfristig zu überarbeiten und sie ggf. in der Krise temporär abzuschwächen. Denn sie erleichtern zwar in konjunkturell guten Zeiten die Kreditvergabe, erschweren sie aber beträchtlich bei krisenhafter Wirtschaftsentwicklung. Die rigiden Anforderungen an Eigenkapitalquoten der Unternehmen macht es für viele Unternehmen schwierig bis unmöglich, an Finanzierungen zu kommen. Doch eine Kreditklemme wie sie die logische Folge dieser Entwicklung ist, ist das letzte, was uns wieder zu einem raschen wirtschaftlichen Aufschwung verhilft.

III. FORDERUNGEN AN DIE AKTEURE DES FINANZMARKTS

- **Regulierung aller Finanzmarktakteure und -segmente**

Kein Akteur, kein Segment und keine Institution des Finanzmarkts darf ohne Aufsicht und Regulierung sein. Das bedeutet:

- Steueroasen und Off-shore Zentren austrocknen: Geschäfte mit Akteuren, die ihren Sitz in solchen Zentren haben, sollen verboten oder zumindest sanktioniert werden
- Hedge Funds und Private Equity Funds direkt beaufsichtigen: Begrenzung des Fremdkapitalanteils, höhere Transparenz und Überdenken der steuerlichen Absetzbarkeit von Zinsen auf Fremdkapital
- OTC Derivatives Märkte regulieren und Clearingstellen errichten

- **Banken: Too big to Fail?**

Aufgrund ihrer Größe und Systemrelevanz können große Banken eine gesamte Volkswirtschaft bedrohen und müssen stärker reguliert werden. Je größer eine Bank ist, desto weniger Risiko darf sie auf sich nehmen; sie muss höhere Eigenkapitalvorschriften erfüllen und darf bestimmte (von der Aufsicht zu definierende) Geschäfte nicht mehr betreiben. Eine Trennung von Kommerzbankaktivitäten und Investmentbankaktivitäten ist vorzunehmen: Investmentbankaktivitäten erfordern eine Begrenzung der Größe ihrer Aktivitäten, und Kommerzbanken sowie Sparinstitute sollen einer besonders strengen Prüfung unterliegen.

Desweiteren muss es wieder möglich sein, sog. „Sonderkreditinstitute“ zu gründen: sie erfüllen einen klar definierten, öffentlichen Auftrag (z.B. Infrastruktur, Forschung, Bildung) und können somit maßgeschneiderte Finanzierungsmodelle anbieten.

- **Anreize für faires Verhalten der Finanzmanager**

Überzogene Renditeerwartungen der Anleger waren Mitverursacher der Krise. Bankmanager haben astronomische Renditen versprochen, die nachhaltig nicht zu erwirtschaften waren.

- Wir unterstützen daher das bewährte Genossenschaftsmodell für Banken: die Eigentümerstruktur hat einen wesentlichen Einfluss auf die Renditeerwartungen, und in kleineren Einheiten kann die volkswirtschaftlich wichtige Funktion von Banken in der Region am besten wahrgenommen werden.
- Manager und Aktionäre interessierte in der Vergangenheit vor allem die kurzfristige Kurspflege (vierteljährlich). Diese „Kultur der Kurzfristigkeit“ ist zu ändern, da sie es Banken und Unternehmen unmöglich macht, längerfristig und nachhaltig zu agieren.
- Manager verdienen ein enormes Gehalt mit der Rechtfertigung ihrer Verantwortung. Diese Verantwortung muss von Konsequenzen begleitet werden: Statt hoher Abfertigungen bei Auflösung der Verträge im Fall von Misserfolg oder grober Fahrlässigkeit ist eine private Haftung vorzusehen.
- Weiters fordern wir von einer neuen Finanzarchitektur: keine Abfertigung bei Verlusten; Offenlegung der Bonussysteme (Entlohnungsmodelle sollen der Bewilligung von Aufsichtsbehörden unterliegen); Verbot von Stock Options; Begrenzung der Managergehälter in einem bestimmten Vielfachen der durchschnittlichen Gehälter ihrer Angestellten; Orientierung an Nachhaltigkeit und langfristigem Erfolg.
- Das eingerichtete Risikomanagement der Finanzmarktakteure soll einschließlich aller Modelle, Prozesse, Risikokultur und Qualifikation der Mitarbeiter von den Aufsichtsbehörden zertifiziert werden.

- **Macht der Rating-Agenturen brechen**

Der enorme Einfluss der Rating-Agenturen ist v.a. durch ihre nahezu monopolistische Informationsstellung auf den Finanzmärkten begründet. Im blinden Vertrauen auf die Rating-Agenturen haben Banken Geschäfte gemacht, deren Risiko sie nicht verstanden haben. Wir sprechen uns daher aus für:

- Regulierung der Rating-Agenturen und ihre Zulassung auf EU-Märkten erst, nachdem ihre Geschäftsmodelle auf Interessenkonflikte geprüft wurden
- Für die Eigenmittelunterlegung nach Basel II darf kein externes Rating mehr herangezogen werden, sondern soll verpflichtend ein internes Rating der Banken erfolgen.

- **Finanzalphabetisierung dringend notwendig**

Finanzalphabetisierung für Akteure und Konsumenten ist unerlässlich für die Verhinderung von weiteren Finanzkrisen. Wir fordern daher:

- Bildungsoffensive für Privatanleger
- „Financial Education“ als Teil des ordentlichen Stundenplans in Schulen
- Staatliche Zertifizierung von Händlern und Verkäufern von Finanzprodukten
- Qualifikation von Personal der Aufsichtsbehörden, die auch durch entsprechende Bezahlung sicherzustellen ist

- **Verpflichtende Zertifizierung von Finanzprodukten**

Ähnlich dem Zulassungsverfahren für neue Medikamente sollen Finanzprodukte erst auf den Markt kommen, wenn sie von der internationalen Regulierungsbehörde zertifiziert wurden. Dabei gilt: alle Investment-Produkte sind gleich zu behandeln (Level-playing field), wenn sie den Kriterien der Veröffentlichung, Transparenz und Risiko-Klassifikation entsprechen. Auch Richtlinien und Modelle sind notwendig, wie diese Produkte vom Risikomanagement zu behandeln ist. In einer Übergangsphase sind auch die bestehenden Finanzprodukte zu überprüfen, zu zertifizieren oder gegebenenfalls zu verbieten.

Impressum:
BSA/VGW Arbeitsgruppe Finanzarchitektur
Rückfragen an Sonja Schneeweiss, schneeweiss@bsa.at
Verein für Gesellschaft- & Wirtschaftswissenschaften
1010 Wien, Landesgerichtsstraße 16

Juli 2009